



Die WTO, das Fundament der neoliberalen Welthandelsordnung

Vom 10. bis 13. Dezember 2017 findet die 11. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO, World Trade Organization) in Buenos Aires statt. Strittiges Thema zwischen Schwellen- und Entwicklungsländern einerseits sowie den OECD-Ländern andererseits ist wie schon in früheren WTO-Runden der Agrarhandel, diese Auseinandersetzung bestimmt die WTO seit ihrem Bestehen.

Im Brennpunkt stehen jedoch Fischerei-subventionen und vor allem das Themenfeld elektronischer Handel. Hier drängen die USA und die EU darauf, neue Normen für einen grenzüberschreitenden Elektronischen Handel festzulegen. Das führte zu einem gigantischen Rückschlag für den Datenschutz und zu einer beispiellosen Machtkonzentration der schon jetzt mächtigsten Konzerne Amazon, Apple und Co.

WTO – mehr als 20 Jahre leere Versprechungen

Die WTO wurde 1994 gegründet und hat zum 1. Januar 1995 ihre Arbeit aufgenommen. Ihr offizielles Ziel ist es, durch die weitere Liberalisierung des Welthandels den Lebensstandard weltweit zu erhöhen sowie Wachstum und Vollbeschäftigung zu sichern. In der Realität haben aber die reichen Industrieländer von Anfang an darauf geachtet, ihre Handelsvorteile auszubauen und Konzernen durch den Abbau von Handelshemmnissen größtmögliche Profite zu verschaffen.

Die UN-Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs), lässt sich mit einer solchen Handelspolitik nicht verwirklichen.

WTO – drei Buchstaben, hinter denen sich viel verbirgt

Die WTO ist neben dem Internationalen Währungsfond (IWF) und der Weltbank eine der mächtigsten multilateralen Institutionen der neoliberalen Globalisierung. Ihr Sitz ist Genf; zur Zeit haben 164 Mitglieder die WTO-Verträge unterzeichnet.

Säulen der WTO sind die Abkommen

- zum Handel mit Waren (GATT 94 – General Agreement on Tariffs and Trade), speziell das Agrarabkommen (**AoA** – Agreement on Agriculture) und das Abkommen über den Handel mit nichtagrarisieren Gütern (**NAMA** – Non-Agricultural Market Access)
- zum Handel mit Dienstleistungen (**GATS** – General Agreement on Trade in Services)
- und zum Handel mit geistigen Eigentumsrechten (**TRIPS** – Trade-related aspects of intellectual property rights)

Für die große Durchsetzungskraft der WTO-Abkommen sorgt als »Herzstück« das zwischenstaatliche Streitschlichtungsverfahren.

GATT 94 – Handel auf Kosten von Mensch und Umwelt

Das GATT-Abkommen soll den globalen Warenhandel steigern, vor allem durch den Abbau von Zöllen und das Verbot mengenmäßiger Beschränkungen, aber auch durch die Beseitigung weiterer sogenannter »Handelshemmnisse«. Immer deutlicher zeigt sich, dass die Länder des Südens dabei das Nachsehen haben, denn ein erheblicher Teil ihrer Staatseinnahmen stammt aus Zöllen. Ein massiver Zollabbau zieht gewaltige Einnahmeverluste nach sich; so verlieren arme Länder wichtige wirtschafts- und sozialpolitische Spielräume. Auch Maßnahmen zum Schutz inländischer Märkte und von Arbeitsplätzen vor der Weltmarktkonkurrenz verhindert die WTO. Gemäß der Freihandelslogik gelten zudem Errungenschaften wie Umweltschutz, Tarifverträge oder Menschenrechte als »Handelshemmnisse«, werden dem Ziel »Freihandel« untergeordnet und sollen abgebaut werden.

Agrar-Abkommen – aggressive Behinderung der Selbstversorgung

Seit Jahren werden viele Entwicklungsländer von einer Flut hoch subventionierter Agrarimporte aus dem Norden überschwemmt, denn das Agrarabkommen der WTO sowie bilaterale Handelsabkommen zwingen sie zur Marktöffnung. Von diesen Billigimporten, oft unterhalb der Produktionskosten, profitieren Agrarkonzerne, die Nahrungsmittelindustrie und die industrielle Landwirtschaft der Exportländer. Lokale und regionale Märkte werden jedoch

zerstört; Kleinbauern verlieren damit ihre Existenz- und Ernährungsgrundlage. Die Folgen sind die weitere Verarmung der Menschen und eine massive Landflucht.

NAMA – Tritt gegen die Entwicklungsleiter

Nicht-agrarische Güter, das sind Industrieprodukte, aber auch Rohstoffe, Mineralien, Fischerei, Forstwirtschaft und andere Naturprodukte, machen die Masse des globalen Handels aus. Der Abbau von Zöllen zerstört in Entwicklungsländern junge Industrien und vernichtet Beschäftigungsmöglichkeiten. Mit NAMA geht der politische Raum zur Gestaltung einer eigenen Industriepolitik verloren.

Zudem wird die Plünderung von Umweltressourcen durch den Kahlschlag von Wäldern, hemmungslosen Bergbau oder die Überfischung der Meere verschärft.

GATS – Game over für die Grundversorgung

Das GATS fördert weltweit die Liberalisierung und Privatisierung sämtlicher Dienstleistungen, etwa die Wasserversorgung, das Bildungs- oder das Gesundheitswesen.

Noch ist die Grundversorgung weitgehend öffentlich organisiert und überwiegend am Gemeinwohl ausgerichtet. Das GATS setzt die öffentlichen Dienstleistungen unter scharfen Privatisierungsdruck mit der Folge, dass der öffentlichen Hand auch die Verfügungsgewalt darüber entzogen wird: Mit der Daseinsvorsorge verbundene Gesetze und Schutzvorschriften, die dem Gemeinwohl wie z. B. dem Umweltschutz dienen, werden zu »Handelshemmnissen« erklärt. Das ist ein direkter Angriff auf die demokratische Gestaltungshoheit von Kommunen und Staaten. Transnationalen Konzernen eröffnen sich mit dem GATS Milliarden-geschäfte, die mit dem Produktionssektor nicht mehr in gleichem Maße zu erzielen sind.

Ab dem Jahr 2000 sollte GATS neu verhandelt werden, mit dem Ziel einer noch schärferen Liberalisierung von Dienstleistungen; jedoch konnte die Verhandlungsrunde 2005 wegen Differenzen unter den WTO-Mitgliedern nicht abgeschlossen werden. Daher wurden 2013 außerhalb der WTO plurilaterale Gespräche zu TiSA (Trade in Services Agreement) aufgenommen, das eine noch stärkere Einschränkung der öffentlichen Gestaltungshoheit zum Ziel hat.

TRIPs – ein Trip der besonderen Art

Das TRIPs-Abkommen soll die kommerzielle Verwertbarkeit von »geistigem Eigentum«, das sind z. B. Urheberrechte, Patente oder Handelsmarken, sicherstellen und steigern. Sogar der Patentierbarkeit lebender Organismen öffnen TRIPs-Bestimmungen Tür und Tor. Insgesamt führt das TRIPs dazu, dass der ohnehin arme Süden jetzt zusätzlich Lizenzgebühren u. ä. an die Konzerne des Nordens zahlen muss. So sollte beispielsweise Südafrika 2001 durch eine Sammelklage von Pharmakonzernen daran gehindert werden, preisgünstige nachgebaute AIDS-Medikamente einzukaufen statt unbezahlbarer patentierter Originalmedikamente.

Auch die Rechte an Saatgut, das über Jahrhunderte hinweg gezüchtet und wieder ausgesät wurde, können sich transnationale Konzerne mit Hilfe der TRIPs-Regelungen aneignen. Durch diese »Bio-Piraterie« müssen Gemeinschaften für ihr traditionell genutztes Wissen künftig bezahlen.

Ob Saatgut, Software oder Medikamente: Weniger freies Wissen bedeutet Monopole und höhere Kosten für diese lebenswichtigen Güter.

Wenn zwei sich streiten, freut sich der Freihandel

Unter der unauffälligen Bezeichnung »Streitschlichtungsverfahren« verbirgt sich eines der machtvollsten Instrumente der Welthandelsorganisation. Mit diesem können Mitgliedstaaten einander auf Einhaltung der WTO-Regeln verklagen. Entscheidungsgrundlage ist dabei das WTO-Handelsrecht. Es zielt auf eine Ausweitung der »freien« Märkte – ganz im Interesse der Konzerne. Gesundheits-, Umwelt- oder Arbeitsschutz werden zu »Handelshemmnissen« erklärt und geraten dabei unter die Räder.

Ein besonders prominentes Beispiel ist die Klage der USA und anderer Staaten gegen die EU: In der EU besteht seit 1998 ein Moratorium für gentechnisch veränderte Organismen (GVO).

Das WTO-Schiedsgericht gab in der ersten Instanz den Klägern 2006 in verschiedenen Bereichen Recht; es kam jedoch nicht zur Verhängung von Strafzöllen. Die EU verzichtete darauf, in die Berufungsinanz zu gehen. Weder die EU noch die Beschwerdeführer haben ihre Position seither offiziell geändert.

Demokratie wird mit Füßen getreten

WTO-Verträge greifen tief in nationale Politikprozesse ein, ohne demokratisch legitimiert zu sein. Nationale Regulierungen werden durch WTO-Recht nahezu unumkehrbar ausgehebelt. EU und Bundesregierung halten Verhandlungsvorschläge gezielt geheim; so verhindern sie demokratische Entscheidungsprozesse,

an denen sich Parlamente und die interessierte Öffentlichkeit beteiligen könnten. Dagegen stimmen das deutsche Wirtschaftsministerium und die EU Kommission ihre Positionen und teilweise sogar konkrete Gesetzesvorhaben eng mit der Wirtschaftslobby ab.

Hinter den Kulissen der WTO

Auf dem Papier sind alle Staaten in der WTO gleichberechtigt, tatsächlich aber entscheiden die Industrieländer. Entwicklungsländer nehmen nur mit kleinen Delegationen an Verhandlungen teil, oft sind sie gar nicht vertreten; so können sie mit dem Arbeitspensum der WTO nicht Schritt halten. Zu informellen Beratungen, den sogenannten »green room«-Gesprächen, sind sie nur im Einzelfall eingeladen; hier werden jedoch grundlegende Entscheidungen getroffen. Um Entwicklungsländer zu Zugeständnissen zu bewegen, bauen Industrieländer eine enorme Drohkulisse auf: Sie reicht von der Streichung der Entwicklungshilfe bis zum Vorwurf, den Terrorismus zu unterstützen. Ein »Nein« zur Agenda der mächtigsten Handelsnationen wird so fast unmöglich.

Wo Entwicklung draufsteht, ist keine drin

Ministerkonferenzen der WTO finden in der Regel alle zwei Jahre statt. Im Rahmen von Verhandlungsrunden wird über die weitere Liberalisierung des Welthandels oder die Weiterentwicklung der WTO diskutiert.

2001 fand in Doha/Katar die 4. Ministerkonferenz der WTO statt. Im Schatten der Anschläge vom 11. September drückten die Industriestaaten eine neue Handelsrunde durch. Der Titel »Doha-Entwicklungsrunde« täuschte über die wahren Ziele hinweg: Die USA waren in den Verhandlungen vor allem an einer weiteren Liberalisierung des Agrar- und Dienstleistungshandels interessiert, die EU an den sogenannten »Singapurthemen« (Investitionen, Wettbewerb, Öffentliches Beschaffungswesen, Handelserleichterungen). Damit verfolgten sie einseitig ihre Ziele zu Lasten der Entwicklungsländer. Doch das brachte das Fass zum Überlaufen: Die Entwicklungsländer schlossen sich zu Gruppen zusammen und stärkten dadurch ihre Verhandlungspositionen gegen das selbstgerechte Verhandlungskonzept von EU und USA. Die darauf folgende Ministerkonferenz in Cancún/Mexiko 2003 scheiterte. Im sogenannten »Juli-Paket« von 2004 wurden mit Investitionen, Wettbewerbsrecht und öffentlichem Beschaffungswesen drei der vier Singapurthemen endgültig aus dem Verhandlungsmandat herausgenommen. Die Machtausweitung der WTO wurde dadurch weitgehend verhindert.

Die Enttäuschung über den stockenden Prozess der Doha-Runde führte dazu, dass sich die führenden Handelsnationen nach neuen Möglichkeiten umsahen. Die EU verabschiedete 2006 eine neue Außenhandelsstrategie »Global Europe«, die sich auf bilaterale Freihandelsverträge mit einzelnen Staaten oder Staatengruppen fokussiert. Diese regionalen, bilateralen oder plurilateralen Handelsabkommen wie TTIP, CETA und TiSA sollen eine zentrale Rolle dabei spielen, den Widerstand gegen die Singapurthemen zu brechen und die Freihandelsagenda voranzutreiben.

Auf der WTO Ministerkonferenz 2015 in Nairobi wurde das Ende der »Doha-Entwicklungsagenda« eingeläutet. In der Schlusserklärung der Konferenz wurde auf die gegensätzlichen Positionen von Industriestaaten und den arm gemachten Ländern des Südens verwiesen. Die EU und die USA haben in Nairobi deutlich gemacht, dass sie in Zukunft Themen wie Investitionen, öffentliche Beschaffung und Wettbewerb auch gegen den Willen und gegen die Interessen der Entwicklungsländer durchsetzen wollen, entweder innerhalb oder außerhalb der WTO. Diese Verhandlungen sollen zusätzlich zu Freihandelsverträgen wie TiSA, CETA und Co die neoliberale Agenda unge rechter Welthandels politik ausweiten.

Aller guten Dinge sind drei: Seattle – Cancún – Buenos Aires

Bereits in Seattle 1999 hatte massiver Protest zum Abbruch der WTO-Verhandlungen beigetragen. Und 2003 feierte die globalisierungskritische Bewegung das Scheitern der Konferenz in Cancún.

Ein erneuter Crash in Buenos Aires könnte ein herber Schlag für die WTO und das neoliberale Projekt sein.

Ya basta WTO! Wirtschaft soll Menschen dienen

Trotz unzähliger Negativbeispiele schenken die in der WTO tonangebenden Industriestaaten den Folgen der neoliberalen Globalisierung keine Beachtung. Sie werden als unvermeidbar und vor allem alternativlos dargestellt; dabei agieren die verantwortlichen Politiker einzig im Interesse transnationaler Konzerne.

In der globalisierungskritischen Bewegung wird auch an Alternativen zum herrschenden Freihandelsparadigma gearbeitet. Gemeinsam mit anderen sucht Attac nach Lösungen, die eine soziale, umweltbewusste, demokratische und gerechte Zukunft befördern und es Gemeinschaften wie auch einzelnen Menschen ermöglichen, ihr Leben und Wirtschaften selbstbestimmt zu gestalten.



Attac fordert

eine solidarische und ökologische Welthandelsordnung, die dem Gemeinwohl dient und die Umwelt bewahrt, die Menschenrechte vor Profite stellt.

Kein Druck auf die Länder des globalen Südens in den WTO-Verhandlungen.

Eine andere Welt ist möglich!

V.i.S.d.P.: K. Schulte, Attac Deutschland
Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt/M.

Jetzt mitmachen!

1. Informationen einholen! Z.B. unter www.attac.de/wto
2. Informationen teilen! Freunde und Bekannte ansprechen und die Sozialen Medien nutzen
3. An unseren Aktionen teilnehmen! Mitmachmöglichkeiten unter www.attac.de/wto
4. Spenden! www.attac.de/spenden